

■ Erneuerung der Kulturlandschaft

CDU Sachsen legt »Grundzüge kulturpolitischen Handelns« vor

Der Landesfachausschuss Kultur der Sächsischen Union hat ein kulturpolitisches Grundsatzpapier erarbeitet, das am 15. September 2007 auf dem Landesparteitag in Mittweida beschlossen worden ist. Spielt im neuen Grundsatzprogramm der CDU, das gegenwärtig entwickelt wird, das gesamte Spektrum der Kultur eine umfassende Rolle¹, so beschränkt sich das sächsische Papier zunächst auf einige zentrale Felder: Kultur als Lebens- und Staatsgrundlage, Kultur und Ökonomie, Kulturraumgesetz, Kultur und Bildung, Museen, Theater und Orchester, Denkmalpflege, Allgemeine Kunst- und Kulturförderung sowie Kultur als Querschnittsaufgabe. Wichtige Bereiche wie Film, Medien, freies künstlerisches Schaffen, Breitenkultur oder Ausbildung werden nicht thematisiert, was den Titel »Grundzüge« durchaus relativiert. Allerdings wird für einige dieser Felder eine gesonderte Betrachtung in Aussicht gestellt.

Für die zukünftige Kulturpolitik in Sachsen werden diese Grundzüge von Bedeutung sein, denn sie füllen – gleichwohl sie von einer politischen Partei vorgelegt werden – ein programmatisches Vakuum. Vor genau zehn Jahren gab der damalige CDU-Kunstminister Hans Joachim Meyer eine Regierungserklärung zur Kulturpolitik ab, seitdem herrscht auf der Ebene des Grundsätzlichen Schweigen. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD regelt zwar gegenwärtig wichtige Eckpunkte kulturpolitischen Handelns, doch das Desiderat einer untersetzten, fachlich differenzierten, diskutablen und zukunftsorientierten Kulturpolitik blieb bisher uneingelöst. Und es gäbe viel zu tun: Gutachten zur Theater- und Orchesterstruktur sowie zur Festivallandschaft im Bereich Musik liegen bereits vor, der Museumsbereich harret neuer konzeptioneller Grundlagen, die laufende Verwaltungs- und Funktionalreform erzeugt einen Reformdruck in Behörden der Denkmalpflege sowie der nichtstaatlichen Museen, die mitteldeutsche Barockmusikförderung wird überdacht, die Kreisgebietsreform erzwingt eine neue Struktur der Kulturraumförderung, die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden sollen in einen Staatsbetrieb umgewandelt werden, um nur die wichtigsten Baustellen aufzuzählen. Eine Zusammenschau und Gewichtung der Handlungsfelder wird immer dringlicher, um die notwendige Entwicklung vom Gestus einer reaktiven

Kulturverwaltung hin zu einer gestaltenden, nachhaltigen Kulturpolitik zu vollziehen.

Auf diesem Weg markiert das CDU-Papier einige unverzichtbare Eckpunkte. Besonders erfreulich ist das Bemühen, die überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben des Freistaates und der Kommunen für Kultur als Erfolgsgeschichte zu belegen: »Durch weitsichtige Finanzpolitik konnten in den Haushalten der vergangenen Jahre vergleichsweise hohe Investitionsquoten erreicht werden, die sich auch auf die kulturelle Infrastruktur stabilisierend auswirkten.« Diese Feststellung, die auch Herausforderung für einen abschmelzenden Staatshaushalt in den kommenden Jahren sein wird, basiert auf einem expliziten Kulturstaatsgebot, das nicht nur zu verantwortungsvoller Treuhänderschaft in Hinblick auf Überliefertes verpflichtet, sondern auch die Fortentwicklung und Erneuerung der Kulturlandschaft in den Blick nimmt. Daher räumt die CDU vorausblickenden konzeptionellen Vorstellungen eine besondere gesellschaftspolitische Relevanz ein.

Bei aller Sorge um die Finanzierung warnt das Papier vor einer Vereinnahmung der Kultur durch die Wirtschaft. Wichtig für eine gedeihliche Kulturentwicklung sei das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement, Markt und Staat. Jede dieser drei Säulen habe ihre eigene Bedeutung. Bei der Beschreibung der Kulturausgaben des Staates plädiert die Sächsische Union für eine Vermeidung der Terminologie Investition oder Subvention, da es sich um »Ausgaben eigener Art« handle. Inzwischen mehren sich bekanntlich die Stimmen, die abweichend vom Regierungskonsens »Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft« lieber von der Spezifik meritokratischer Güter reden, zu der man sich gesellschaftlich bekennen müsse, ohne sich auf finanzpolitisches Glatteis zu begeben.

Interessante Aussagen finden sich ferner zur Zukunft des Kulturraumgesetzes, dessen System ohne wesentliche Eingriffe den neuen Rahmenbedingungen angepasst werden soll, sowie zur Kulturellen Bildung. Hier greift das Papier u.a. ein Modellprojekt des Sächsischen Kultursenats auf, das die Ebene der Kulturräume zu einer systematischen



Die Planierarbeiten waren bereits da. Baubeginn der Waldschlösschenbrücke, die den Welterbestatus der sächsischen Hauptstadt Dresdens aufs Spiel setzt. Die Auseinandersetzungen um den Brückenbau gehen weiter, Prozesse sind noch anhängig, evtl. muss gar wieder abgerissen werden. (Infos über die weitere Entwicklung sind zu finden unter: www.waldschloesschenbruecke.de) Foto: Wilhelm Gröning

Zusammenarbeit mit Schulen nutzt. Zur Strukturierung im Museumsbereich schlägt das Papier die Berufung eines Sächsischen Museumsrates vor, der Empfehlungen für einen Landesmuseumsplan erarbeiten könnte. Schließlich gewichtet die CDU die Bedeutung der Kultur so hoch, dass ihr bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes ein deutlich höherer Stellenwert als bisher zugemessen werden müsse.

Die Tragweite der Ausführungen und teils weitgehenden Vorschläge zur künftigen Institutionalisierung von Aufgaben verweisen auf einen großen Gestaltungswillen im Bereich der Kulturpolitik. Der künftige politische Rahmen wird zeigen, welches Gewicht diese Visionen erlangen können.

Tobias J. Knoblich

1 Vgl. Iris Magdowski: *Leitkultur und Weltoffenheit. Die CDU arbeitet an einem neuen Grundsatzprogramm*, in: Kulturpolitische Mitteilungen 117, II/2007, S. 14f.